

Äthiopien und Uganda planen eigene Ölraffinerien

09.02.2018

Impulse für nachgelagerte Industrien / Von Martin Böll

Nairobi (GTAI) - Gleich mehrere ostafrikanische Länder wünschen sich eigene Ölraffinerien. Ob sie dafür die Finanzierung zusammenbekommen und die notwendigen Rahmenbedingungen erarbeiten können, ist noch offen. Äthiopien werden gute Chancen eingeräumt, weil es wie kein anderes Land in der Region ausländische Direktinvestitionen anlockt. Uganda kann derweil mit seinen Ölvorkommen punkten. Kenia und Südsudan scheinen bislang deutlich schlechtere Karten zu haben.

Äthiopische Regierungsmitglieder sind aktuell in einer Phase der Meinungsbildung: Ein privates Konsortium unter Führung des in den USA ansässigen Fairfax Africa Fund hat eine Durchführbarkeitsstudie vorgelegt, die den Bau einer 4 Milliarden US-Dollar (US\$) teuren Ölraffinerie in der äthiopischen Stadt Awash zum Gegenstand hat. Die Raffinerie könnte auf eine anfängliche Verarbeitungsmenge von 6 Millionen Tonnen Rohöl beziehungsweise 120.000 Barrel am Tag ausgelegt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre es möglich, die Kapazität zu verdoppeln.

Steigende äthiopische Treibstoffnachfrage

Derzeit braucht Äthiopien etwa 3 Millionen Tonnen Treibstoffe im Jahr. Dabei steigt die Nachfrage jährlich um etwa 7 bis 10 Prozent. Würde die Raffinerie gebaut, hätte Äthiopien damit auf Jahre hinaus erhebliche Überkapazitäten, welche für Exporte genutzt werden könnten. Nach Ansicht der Projektentwickler würde die Raffinerie aus Ostafrika und vor allem von südostafrikanischen Offshore-Feldern gefördertes Rohöl importieren. In noch anzusiedelnden Chemiewerken könnten später auch andere petrochemische Produkte hergestellt werden. Noch im laufenden Jahr sollen weitere Projektdetails erarbeitet werden. Schon 2019 könnte dann, falls es eine positive Investitionsentscheidung gibt, mit dem Raffineriebau begonnen werden.

Eigene Raffinerie soll Importe ersetzen

Nach Ansicht von Beobachtern plant die äthiopische Regierung, die Einfuhr von Treibstoffen durch eigene Produktionen zu ersetzen und so das Land zu einem modernen Industriestaat zu machen. Eine eigene Raffinerie könnte entscheidende Impulse für nachgelagerte Industrien geben. Allerdings bleibt fraglich, ob sich das Vorhaben auszahlen wird. Denn weltweit sind genug Raffineriekapazitäten vorhanden, die den ostafrikanischen Markt im Blick haben. Zu nennen sind hier vor allem Anbieter in Indien und Saudi-Arabien.

Äthiopien hat 2016 für 2,01 Milliarden US\$ Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren (SITC 33) importiert (2015: 2,42 Milliarden US\$). Hinzu kamen für 2,61 Milliarden US\$ chemische Erzeugnisse (SITC 5; 2015: 3,07 Milliarden US\$). Lieferländer waren vornehmlich die VR China, Indien, Marokko, Italien und die Niederlande.

Anzumerken ist noch, dass auch die Regierung der äthiopische Verwaltungsregion Oromia nach eigenen Angaben die Gründung einer Petroleum Company plant. Das Erdöl soll dann über Dschibuti importiert und in einer eigenen, noch zu bauenden Raffinerie weiterverarbeitet werden.

Uganda lockt mit eigenen Ölvorkommen

Auch in der äthiopischen Nachbarschaft gibt es ambitionierte Raffineriepläne: Uganda spricht von Mega-Investitionen in Höhe von 20 Milliarden US\$ in seinen Ölsektor. Die Reserven des Lands werden auf 6,5 Milliarden Barrel geschätzt, von denen 1,7 Milliarden gefördert werden können. Schon 2020 will das Land 230.000 Barrel am Tag aus dem Boden holen. Führender Investor ist die französische Total. Das Öl soll vornehmlich über eine Pipeline in Tansania exportiert werden, Teile aber auch im Land raffiniert werden. Noch 2018 soll mit dem Bau begonnen werden. Eine 60.000 Barrel am Tag Raffinerie soll derweil von einem Konsortium unter Beteiligung von General Electric und der italienischen Saipem gebaut werden. Auch dabei: die Ölexperten von Baker Hughes und als Finanzgeber Yaatra Ventures und die Intracontinent Asset Holdings Limited. Eigentlich wollte Uganda bereits im Januar 2018 bekanntgeben, wer der führende Investor sein wird. Wie so viele andere Termine zuvor wurde allerdings auch dieser nicht gehalten. Beobachter rechnen mit weiteren Verzögerungen. Wenn allerdings erst einmal alle Entscheidungen getroffen seien, könne mit einer zügigen Umsetzung gerechnet werden, heißt es.

Kenia will nicht nachstehen

Auch in Kenia gibt es wieder Stimmen, die eine eigene Raffinerie befürworten. Adan Mohammed, Kabinettssekretär für Industrialisierung und Unternehmensentwicklung, berichtet von der Suche nach einem geeigneten Standort im Rahmen des LAPSET-Projektes (Lamu Port, South Sudan, Ethiopia Transport Corridor). Im September 2013 hatte Kenia die bislang einzige Raffinerie in Ostafrika, die Kenya Petroleum Refineries stillgelegt. Vorausgegangen waren ständige Verluste und ein Streit zwischen den beiden gleichberechtigten Eigentümern, der kenianischen Regierung und der indischen Essar Energy über die Zukunft des Unternehmens.

Schon seit Jahren spricht Kenia davon, ein Erdöl produzierender Staat werden zu wollen, was sich immer wieder verzögert hat. Nach letztem Stand könnte nun 2021 oder 2022 mit der Förderung und dem Export über eine 750 Kilometer lange Pipeline begonnen werden. Das führende Unternehmen Tullow Oil will 2019 eine entsprechende Investitionsentscheidung treffen. Bereits 1 Milliarde US\$ hat der Konzern schon investiert und müsste dann weitere 2,9 Milliarden US\$ locker machen. Hätte der ursprüngliche Plan einer gemeinsamen Rohölexportpipeline von Uganda, Südsudan und Kenia realisiert werden können, würde Tullow Oil die Entscheidung sicherlich leichter fallen.

Ob dann auch im Verschiffungshafen Lamu eine neue Raffinerie sinnvoll ist, bleibt fraglich. Wenn überhaupt, sagt David Ohana, Chef des in Kenia führenden Treibstoffhändlers KenolKobil, könnte es sich lohnen, das kenianische Rohöl an seinem Fundort, nahe dem Turkana-See zu raffinieren.

Die kenianische Tageszeitung "The Standard" bezweifelt derweil die optimistischen Angaben zu Ölfunden in Höhe von 750 Millionen Barrel. Möglicherweise existiert davon nur ein Drittel und damit viel zu wenig, um eine Nutzung zu finanzieren, schreibt das Blatt. Auch in der kenianischen Regierung scheint es Zweifler zu geben. So will Andrew Kamau, Principal Secretary im State Department of Petroleum, nun eine unabhängige Firma beauftragen, die tatsächlichen Reserven zu bestimmen.

In trockenen Tüchern ist noch nichts

Die Frage ist nun: Wer setzt den Raffineriebau wirklich um und wann? Uganda hat relativ gute Karten. Das Land verfügt über Erdölreserven und die beteiligten Ölgesellschaften haben sich finanziell bereits weit aus dem Fenster gelehnt und wollen nun endlich einen Return on Investment sehen. Auch wenn die Kapazitätsvorgaben und zeitlichen Ziele unrealistisch erscheinen, könnte es letztendlich klappen. Für Äthiopien spricht derweil das bis-

ÄTHIOPIEN UND UGANDA PLANEN EIGENE ÖLRAFFINERIEN

lang ausgesprochene Vertrauen der Geldgeber: Nach UNCTAD-Zahlen konnte das Land 2016 bemerkenswerte 3,2 Milliarden US\$ an ausländischen Direktinvestitionen einsammeln und zählt mittlerweile zu den Top-Fünf-Investmentdestinationen in Afrika. Der einstige ostafrikanische Wirtschaftsprimus Kenia hingegen konnte 2016 lediglich 394 Millionen US\$ an Mitteln verbuchen. Und die fortgesetzt negativen politischen Schlagzeilen fördern auch kein Vertrauen unter den Geldgebern.

Der Vollständigkeit halber sei noch angemerkt, dass auch das Bürgerkriegsland Südsudan von einer eigenen Raffinerie mit einer Kapazität von 120.000 Barrel am Tag spricht, die ab 2020 in Produktion gehen soll, was angesichts der politischen Lage im Land allerdings kaum vorstellbar ist.

(M.B.)

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in Afrika können Sie unter <http://www.gtai.de/afrika> ▶ abrufen.

KONTAKT

Katrin Weiper

☎ +49 228 24 993 284

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.